



An den Grossen Rat

19.0079.01

PD/P190079

Basel, 20. Mai 2020

Regierungsratsbeschluss vom 19. Mai 2020

Jahresbericht der Task-Force Radikalisierung

Der Regierungsrat bringt dem Grossen Rat im Sinne der Beantwortung des Anzugs Knellwolf (18.5049.02; Antwort auf Frage 6) den Jahresbericht der Task-Force Radikalisierung zur Kenntnis.

1. Grundlage der Task-Force Radikalisierung

Die Task-Force Radikalisierung versteht sich als eine interdepartementale Strategieguppe, die sich auf strategischer Ebene mit der Thematik Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus beschäftigt. Die Task-Force Radikalisierung beobachtet gesellschaftliche Entwicklungen, analysiert die Gesamtsituation im Kanton Basel-Stadt, berät kantonale Stellen und entwickelt bei Bedarf Strategien und Massnahmenempfehlungen zur Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus. Sie fungiert als Schnittstelle zwischen Bund, Kanton und Politik bei strategischen Prozessen und Konzepten. Die Task-Force agiert weder im operativen Fallmanagement, noch übernimmt sie polizeiliche Aufgaben oder führt Gefährdersprachen durch.

2. Einleitung

Die Problematik von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus hat in den vergangenen Jahren national und international stark an Bedeutung gewonnen. Der Bundesrat hat deshalb im September 2015 die Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet.¹ In der Folge haben Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden unter der Leitung des Sicherheitsverbands Schweiz (SVS) den Nationalen Aktionsplan gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus (NAP) erarbeitet und am 4. Dezember 2017 veröffentlicht.²

Mit Beschluss Nr. 16/30/56 vom 18. Oktober 2016 beauftragte der Regierungsrat Basel-Stadt die zuständigen Departemente mit der Einrichtung einer Task-Force Radikalisierung (PD ff) und einer Anlaufstelle Radikalisierung (JSD ff). Im Zusammenhang mit der kantonalen Umsetzung des Nationalen Aktionsplans erarbeitete die Task-Force Radikalisierung im Verlauf des Jahres 2018 eine Übersicht und Analyse bestehender kantonalen Präventionsprojekte, identifizierte erste Lücken und machte einen möglichen Handlungsbedarf sichtbar. Diese Informationen flossen in den Monitoringbericht 2018 des Nationalen Aktionsplans ein (SVS, Juni 2019). Mit dem Regierungsratsbe-

¹ vgl. hierzu die „Botschaft zur Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung“ vom 18. September 2018

² <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-69082.html> (Stand 29. Januar 2019)

schluss Nr. 19/05/3 vom 5. Februar 2019 beauftragte der Regierungsrat die Task-Force Radikalisierung mit der Koordination der kantonalen Umsetzung des NAP.

Seit der Gründung der Task-Force Radikalisierung im Jahr 2016 haben sich die Strukturen in Basel-Stadt stark weiterentwickelt, so dass eine Neuorientierung der Task-Force Radikalisierung sowie eine Präzisierung ihres Auftrags notwendig wurde. Sie fokussiert sich künftig noch stärker auf strategische interdepartementale Aufgaben.

3. Jahresbericht

Die Task-Force Radikalisierung hat sich im Jahr 2019 zu vier Sitzungen getroffen und aktuelle Themen aus dem Bereich Extremismus und Radikalisierung besprochen. Im interdepartementalen Austausch wurden Präventionsmassnahmen aufeinander abgestimmt. Nach der Bestandsaufnahme im 2018 wurde im 2019 zudem mit der kantonalen Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Radikalisierung begonnen.

Die Task-Force Radikalisierung koordinierte die fünf Projekteingaben, die im Rahmen des Impulsprogramms beim SVS eingereicht wurden. Aus dem Justiz- und Sicherheitsdepartement wurden zwei Projekte im Primär- und Sekundärpräventionsbereich eingereicht: Ein Projekt zur Identitätsstärkung in Schulen sowie ein Projekt zur Aufklärung bezüglich der Polizeiarbeit in der Schweiz bei UMAs in Bundesasylzentren. Das Präsidialdepartement hat insgesamt drei Projekte im Primär- und Sekundärpräventionsbereich eingereicht: Das Projekt „Grassroot“ hat zum Ziel, das zivilgesellschaftliche Engagement im Präventionsbereich zu unterstützen, das Projekt „Interkulturelle Sozialarbeit“ soll Institutionen und Vereine bei interkulturellen Fragen und Anliegen unterstützen und das Projekt „Datenbank Relaunch Inforel“ dient dazu, die Informationsplattform Inforel bei ihrem Relaunch und einer zeitgemässen Informationsvermittlung zu unterstützen. Der SVS hat im Rahmen des Impulsprogramms die Unterstützung für das Projekt „Inforel“ ab 2020 gut geheissen. Die restlichen eingereichten Projekte wurden vom SVS abgelehnt.

Im Berichtsjahr wurde aufgrund des federführend durch das Justiz- und Sicherheitsdepartement geplanten Kantonalen Bedrohungsmanagements Basel-Stadt (KBM) die Strategie der Task-Force Radikalisierung überarbeitet. Die neue Strategie dient als Grundlage für die interdepartementale Zusammenarbeit und zur Ausarbeitung geeigneter Präventionsansätze zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus. Sie orientiert sich stark am Nationalen Aktionsplan und bezieht sich auf alle Formen der Radikalisierung und des gewalttätigen Extremismus. Um einen besseren inhaltlichen Bezug zu den neu definierten Aufgaben zu schaffen, wurde die Task-Force Radikalisierung zudem in „Interdepartementale Strategiegruppe Extremismus und Radikalisierung“ (ISER) umbenannt.

4. Antrag

Der Grosse Rat nimmt den Jahresbericht der Task Force Radikalisierung zur Kenntnis.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin